

UNLEUGBAR hat ein solches handelspolitisches Programm, das aus den verschiedensten Gründen nicht frei ausgestaltet werden konnte, seine deutlich hervortretenden Lücken und Schwächen. Es fehlt ihm zweifellos, aus der ganzen zwischenliegenden Entwicklung heraus ganz erklärlich, der große einheitliche Zug, der die ersten Chamberlainschen Pläne auszeichnete. Die allmähliche Ausdehnung der zollgeschützten Produktionsgebiete nach der dargelegten Methode, die gewissermaßen auf einen einzelstaatlichen Ausnahmefall warten läßt, um eine allgemeine Zollregelung im Rahmen der Meistbegünstigung schaffen zu können, steht sogar weit hinter unserm kontinentalen zollpolitischen *modus procedendi* zurück.

Aber hat der englische liberale Freihandel, hat vollends die innerlich imperialistisch umgewandelte Liberale Partei Englands etwas Besseres an die Stelle des unionistischen (vorläufigen) Annäherungsversuchs gegenüber den Kolonien zu setzen? Es wäre mehr als sonderbar, wenn die rapid wachsende Wertschätzung der Kolonien seitens des Mutterlandes (und ebenso umgekehrt die rapid wachsende Anerkennung der Unentbehrlichkeit der europäischen Zentralmacht seitens der Kolonien) nicht einen nach außen hin sichtbaren lebenskräftigen wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Niederschlag mit der Zeit finden sollte. Was hat der englische Liberalismus in dieser Richtung geleistet?

Und auch für das kontinentale Europa wäre es vielleicht eine wirtschaftliche und politische Druckentlastung, wenn eine festere interimperiale Verbindung und eine stärker beschleunigte interimperiale Entwicklung England zur Förderung seines Absatzes und Einflusses weniger auf seine europäische Zerklüftungspolitik alten Zuschnitts hinwiese. Die Teilstaaten Europas könnten alsdann wahrscheinlich um so unabhängiger und unbefangener an ihre eigene wirtschaftliche Annäherung und Zusammenschließung denken.

ADOLF REICHWEIN · PROBLEME DER DEUTSCH-FRANZÖSISCHEN VERSTÄNDIGUNG

FÜR das Schicksal der kommenden Wirtschaft ist es entscheidend, ob die Formel für die höhere Integrierung gefunden wird, das heißt, ob es gelingt in den ungebändigten Fluten der sogenannten freien Wirtschaft Kraftkreise zu organisieren, die je in sich eine Art geschlossener Wirtschaftssysteme darstellen, die in ihrem glatten Lauf einen Teil der Reibungsenergien binden und fruchtbar machen. die heute in der "freien" Wirtschaft, weil unübersehbar und darum unkontrollierbar, immer wieder Störungen erzeugen (Namen solcher Systeme: Panamerika, Kontinentaleuropa). Diese höher organisierte integrierte Gruppenwirtschaft ist im Entwicklungsgang der sogenannten Volkswirtschaften nichts anderes als die Stufe der integrierten Konzerne im Bereich der privaten Einzelunternehmungen. Sowohl die durchorganisierte Konzernbildung wie auch die Gruppenbildung im obigen Sinn sind Etappen zur sozialistischen Wirtschaft, weil sie die Möglichkeit höherer Produktivität in sich tragen.¹ Und die Befreiung der Arbeiterklasse aus dem Lohnwerk hängt nicht allein von dem täglichen Kampf für ihre nächsten Interessen und der Eroberung

1) Siehe *Kalliskl* Weltsozialismus, in den Sozialistischen Monatsheften 1924 Seite 607 und folgende.

der Wirtschaftsdemokratie im Betrieb ab sondern zugleich auch von der Förderung der Wirtschaftsformen, die eine größere Gesamtleistung, das heißt aber erhöhte Produktivität, ermöglichen. (Unter diesem Gesichtspunkt ist die heute in sozialistischen Kreisen noch weit verbreitete Furcht vor dem deutsch-französischen Montanzusammenschluß jedenfalls als ganz unsozialistisch zu erkennen; die erhöhte Produktivität der vereinigten kontinental-europäischen Montanindustrie infolge des Zusammenschlusses bedeutet in jedem Fall ein Positivum.) Die Frage nach gesteigerter Produktivität und der Folgerungen daraus soll nun auf den Sonderfall Kontinentaleuropa im einzelnen angewandt werden.

Das Schicksal dieses Erdteils wird durch das deutsch-französische Massiv bestimmt, mit anderen Worten von der Industriewirtschaft des westlichen und mittlern Europas. In der deutsch-französischen Zone zwischen Ruhr und Rhone spielen sich die für Wirtschaftseuropa entscheidenden Dinge ab. Vor dem Krieg war dort das Produktionsproblem durch den deutschen Besitz lothringischer Erze fast gelöst; das Ergebnis war eine erstaunliche Erweiterung der deutschen industriellen Produktivität, die unmittelbar in die Augen sprang, wenn man die Entwicklung der Rohstahlbasis in den letzten Jahren vor dem Krieg betrachtet (wobei man beachten muß, daß die reichsten Lager in Lothringen überhaupt erst in den siebziger Jahren mit Erfindung des Thomasverfahrens abbauwürdig wurden). Das Tempo wird deutlich, wenn man folgende Zahlen der Stahlerzeugung betrachtet:

Zeitraum	Stahlproduktion (in Tonnen)		
	Vereinigte Staaten	Deutschland	Großbritannien
Jahresdurchschnitt			
1900 bis 1905	15 260 000	8 123 000	5 136 000
1913	31 145 637	18 317 149	7 663 876

Diese Zahlen sind gleichzeitig eine Art Barometer für die Entwicklung der Schwerindustrie in diesen Ländern überhaupt. Frankreich hat es 1913 auf 3,6 Millionen Tonnen Stahl gebracht, und seine Schwerindustrie hatte Mühe diese relativ geringe Menge selbst zu verarbeiten. Daraus ergibt sich, daß Deutschland das unbedingt führende schwerindustrielle Land Europas geworden war, dessen Stahlindustrie sich nur noch, übrigens auch in ihrer Qualität, mit jener der Vereinigten Staaten zu vergleichen brauchte. Diese erstaunliche Produktivität Deutschlands in der Schwerindustrie war jedoch von einem entscheidenden Faktor abhängig: der Nachbarschaft von Ruhrkoks und lothringischen Erzen. War es auch nicht gerade eine topologische Nachbarschaft, so war es doch eine industrielle, denn die räumliche Entfernung wurde durch ein hochausgebildetes Verkehrssystem fast überwunden. Der Frachtverkehr im Moseltal, das beide Bezirke verbindet, verlief in einem doppelten Rhythmus, den man fast dem Blutlauf vergleichen kann. Die Güterzüge rollten den Koks nach Süden und kamen sofort mit Eisenerz oder Roheisen beladen wieder zurück. Es war ein einfacher Umschlag. In Lothringen wurde das Erz zum Teil an Ort und Stelle verhüttet, zum andern Teil kam es zur Verhüttung an die Ruhr; jedenfalls gingen 1913 von der gesamten deutschen Kokserzeugung (34 630 000 Tonnen) allein 6 000 000 Tonnen von der Ruhr nach dem lothringischen Hüttenbezirk. Darüber hinaus bestanden auch gute Lieferbeziehungen des deutschen Kohlenzentrums

zu den luxemburgischen und französisch-lothringischen Hütten. Allerdings waren diese nicht stark genug, um der französischen Eisen- und Stahlerzeugung entscheidende Impulse zu geben. Die deutsche Seite des lothringischen Erzbeckens wurde in höherem Grad ausgewertet. Vor dem Krieg, 1913, ergab das französisch-lothringische Minettegebiet bei einem Erzvorrat von 2 630 Millionen Tonnen ein Förderergebnis von weniger als 20 Millionen Tonnen; in den deutsch-lothringischen Feldern wurden bei einem geringern Erzvorrat von 1 830 Millionen Tonnen rund 21 Millionen Tonnen gefördert. Dazu kommt noch, daß Frankreich damals von seiner Gesamtförderung an Eisenerzen (21 917 870 Tonnen) annähernd die Hälfte, nämlich 10 066 000 Tonnen, ausführte und auch den Rest über den Verhüttungsprozeß hinaus nicht ganz verarbeiten konnte. Deutschland indessen führte von seiner Erzausbeute, die sich 1913 auf 28,6 Millionen Tonnen belief, nur 263 000 Tonnen aus, während seine Eisen- und Stahlindustrie eine ergänzende Einfuhr von 14 024 300 Tonnen erforderte. Zusammenfassend kann zu der schwerindustriellen Lage in Deutschland und Frankreich vor dem Krieg gesagt werden, daß Deutschland auf Grund seiner gleichmäßigen Begabung mit Kohle und Erz eine schnell wachsende Montanindustrie aufbauen, während Frankreich infolge ungenügender Kokszufuhr die seine nur langsam entwickeln konnte.

Vor dem Krieg war eben die schwerindustrielle Lage in Frankreich betriebsmäßig ganz anders als heute. Die Erzförderung war in Lothringen konzentriert, die verarbeitende Industrie kaum entwickelt. Während des Krieges und nach dem Krieg wurde der westliche Flügel der französischen Erzbasis am Kanal stärker in Anspruch genommen und gleichzeitig die verarbeitende Industrie dort ausgebaut. Die Fertigindustrie am Kanal spielt heute für Frankreich eine ähnliche Rolle wie die an der Ruhr für Deutschland. Während die lothringische Hüttenindustrie unbedingt auf Kohlen- und Kokszufuhr von der Ruhr angewiesen ist, kann die Kanalindustrie, jedenfalls vorläufig noch, mit englischer Zufuhr arbeiten. Diese würde Frankreich wohl auch bei einer deutsch-französischen Gesamtmontanverständigung beibehalten, ohne aber dann noch auf sie angewiesen zu sein.²

Die natürliche Voraussetzung der deutschen Schwerindustrie hat sich nach dem Krieg radikal verschoben. Deutschland verlor sein ergiebigstes Erzgebiet Lothringen, das ihm vor dem Krieg drei Viertel seiner Eigenförderung an Eisenerzen lieferte. Die französische Erzbasis hat sich dadurch wesentlich erweitert (um 1800 Millionen Tonnen), die deutsche ist gefährlich geschmälert worden (von 2500 auf 700 Millionen Tonnen). Und doch ist Frankreich nicht geholfen. Auf Grund seiner unvergleichlichen Eisenschätze, die man neuerdings auf 9700 Millionen Tonnen schätzt, die jene des ersten Montanlandes der Erde, der Vereinigten Staaten von Amerika, noch um über 3000 Millionen Tonnen übertreffen, ist es eigentlich unerbittlich vor das Problem einer Industrialisierung gestellt, die das bisher bestehende soziale Gleichgewicht zwischen Landwirtschaft, Klein- und Großgewerbe entscheidend störte, wenn man ihren Möglichkeiten ganz nachgäbe. Tatsächlich

2) Die französische Kohlenbasis ist auch durch den gewonnenen Krieg kaum erweitert worden. Vor dem Krieg besaß Deutschland 410 Milliarden Tonnen Kohlenvorräte, Frankreich nur 16 Milliarden Tonnen. Heute sind die entsprechenden Zahlen für Deutschland (ohne Saar) 247,5 Milliarden Tonnen, für Frankreich 16,8 Milliarden Tonnen (dazu noch für 10 Jahre 15,7 Milliarden Tonnen an der Saar). Durch kapitalistische Investitionen in den polnischen Kohlonzechen, die durch den oberschlesischen Gewinn ihren Vorrat von 23,9 Millionen Tonnen auf 169,9 Millionen Tonnen erweitert haben, hat Frankreich versucht seine eigene Kohlenbasis auszubilden.

steht Frankreich hier vor der Wahl, ob es weiter Agrarland bleiben, oder ob es den stürmischen, aber auch gefährvollen Weg der Industrialisierung gehen soll. Es ist eine Entscheidung, die die Wirtschaftsform Frankreichs für 50 Jahre bestimmen wird. Aber solche Entscheidung wird nicht nach nationalökonomischen Ansichten und Wünschen getroffen. Produktive Möglichkeiten erzeugen Produktionsgebote, deren Durchführung erzwungen wird.

Im Lauf des letzten Jahres hat sich die Produktion in der französischen Eisenindustrie langsam, aber sicher vergrößert. Aber immer noch ist ihr Produktionsapparat nur zum Teil benutzt. Er wird um so voller in Betrieb kommen, je besser der von Herriot erwähnte Austausch mit dem nächsten Osten, also mit Deutschland, funktioniert. Die Roheisenerzeugung Frankreichs betrug im Monatsdurchschnitt 1913 434 000 Tonnen, im Monatsdurchschnitt 1923 443 200 Tonnen; sie stieg im Juni 1924 auf 638 873 Tonnen, im August auf 655 624 Tonnen; im September ging sie auf 641 453 Tonnen zurück, was aber wahrscheinlich auf eine planmäßige Kontingentierung mit Rücksicht auf die Preisgestaltung zurückzuführen ist, denn der September brachte nicht nur in Frankreich sondern auch in Belgien und Luxemburg ähnliche Rückgänge der Roheisenerzeugung. In der Stahlindustrie hielt sich die Produktionssteigerung ungefähr im gleichen Schrittmaß. Einem Monatsdurchschnitt von 390 000 Tonnen im Jahr 1913 entsprach für 1923 die Zahl 415 556 Tonnen, im Juni 1924 gelang eine Steigerung auf 554 921 Tonnen, im August auf 581 745 Tonnen, im September sogar auf 598 327 Tonnen, weil auf dem Stahlmarkt in den letzten Monaten die Preisgestaltung günstiger war als auf dem Markt für Roheisen. Dabei muß berücksichtigt werden, daß der größere Teil der Produktionserweiterung der französischen verarbeitenden Industrie zugute kam; ein günstiges Zeichen für deren Entwicklung. Gleichzeitig mit der Verbesserung der Hüttenproduktion stieg die Ausfuhr von Eisenerz, berechnet für je die 8 ersten Monate des betreffenden Jahres, im Jahr 1924 auf 76,3 Millionen Meterzentner, gegenüber 58 Millionen im Jahr 1923 und 56 Millionen im Jahr 1922. Bezeichnend ist, daß Deutschland 1924 mit einem Bezug von nur 8 Millionen Meterzentner beteiligt war, während es 1913, obwohl es damals noch die lothringischen Gruben besaß, 38 Millionen Meterzentner bezogen hat.

Wenn Frankreich nur seinen jetzigen, den gegebenen Produktionsapparat, voll in Gang bringen will, bedarf es der Unterstützung durch Deutschland. Heute nutzt es immer noch nur 136 von 220 Hochöfen aus. Es braucht eben die 6 Millionen Tonnen Koks, die vor dem Krieg von der Ruhr nach Lothringen kamen. Man hat gesagt, Frankreich habe sein elektrisches Kraftsystem so ausgebaut, daß es jetzt schon so viel elektrische Kraft erzeuge wie der Kraftwert der gesamten französischen Kohleneinfuhr im Jahr 1913 betrug; das sei ein Fingerzeig, daß es sich bald von der deutschen Kohleneinfuhr unabhängig machen könne. Gewiß, für Kohle, soweit sie zur Krafterzeugung dient, nicht aber für den wichtigeren Hüttenkoks; denn bis das gesamte europäische Verhüttungssystem elektrifiziert sein wird, vergeht noch manches Jahrzehnt. Kein Industrieller, kein Politiker wird auf diese Hoffnung seine Dispositionen bauen. Umgekehrt ist die deutsche Schwerindustrie, um sich zu rationalisieren, das heißt sich produktiver zu gestalten, unbedingt auf die französische Erzergänzung angewiesen. Nachdem der Verkehrskreislauf im Moseltal nach beendetem Krieg unterbrochen war, versuchte unsere Schwerindustrie sich zunächst von der französischen Zufuhr unabhängig zu

machen; sie bezog ihre Eisenerze in stärkerem Maß aus Spanien und Schweden, ja sogar aus Canada. Während der Inflationszeit ließ sich die höhere Transportrate durch andere Posten (zum Beispiel niedrigere Lohnrate) ausgleichen; bei stabilisierter Währung erschwert sich das, trotz gedrückten Löhnen, und ist auf die Dauer überhaupt unmöglich. Vom Standpunkt der Wirtschaftlichkeit gesehen, werden wir immer mehr zum Erzbezug aus Lothringen zurückkehren müssen, das heißt, der traditionelle Ausgleich zwischen Ruhrbezirk und Lothringen wird sich notwendig wieder einstellen. Denn auch für Deutschland besteht das Problem, das kürzlich Herriot für Frankreich in Lyon umschrieb: »Wenn kein unerwarteter Zwischenfall eintritt, dann werden wir in kurzer Zeit von neuem die Handelsstraße nach dem Osten sich öffnen sehen. Es ist meine persönliche Überzeugung, daß wir beginnen müssen mehr im Osten zu kaufen, weil durch unsere Käufe im Westen unsere finanzielle Situation gelitten hat.«

So überrascht es nicht, wenn die *Journée Industrielle*, das der französischen Eisenindustrie nahestehende Organ, schon im Frühjahr 1924 den Plan eines kontinentaleuropäischen Eisensyndikats aussprach. Dessen Zweck soll sein: rationellere Gestaltung der Produktion, Ausschaltung der binneneuropäischen Konkurrenz, um in Übersee wieder konkurrenzfähig zu werden. Dieses kontinentale Eisensyndikat bedeutete zunächst eine Steigerung der Produktivität, dann erst eine Konkurrenzgefahr für die übrigen Interessen am Weltmarkt. Das liberale England der Freihandelsdoktrin hätte darob am meisten Grund zur Sorge, das unionistische Großbritannien Baldwins, das als seine vornehmste Aufgabe die Ausgestaltung der innenwirtschaftlichen Beziehungen des Empire betrachten muß, wird ein geringeres Interesse an der kontinentalen Stahlindustrie zu bekunden brauchen. Und im Kreis der vereinsstaatlichen Stahlindustrie ließ man verlauten, daß bei der relativ geringen Bedeutung der gesamten europäischen Stahlindustrie gegenüber der amerikanischen die europäische Stahlkonkurrenz auch unter der Flagge eines einigen Syndikats in den Vereinigten Staaten kaum eine Rolle spielen werde; man weist dort etwas überlegen darauf hin, daß die gesamte britische Stahlindustrie ungefähr der einzigen amerikanischen Gruppe der Bethlehem Steel Corporation entspreche, während die deutsche, französische, belgische und britische Stahlindustrie zusammen gerade der United States Steel Corporation den Rang halte; die europäische Konkurrenz käme kaum an der Küste in Frage, im weiten Hinterland wirkten die Frachten prohibitiv.

In den letzten Wochen sind die bereits weit geförderten Verhandlungen zwischen der deutschen und der französischen Schwerindustrie in ihrem ursprünglichen Charakter, vielleicht entscheidend, gestört worden. Diese Verhandlungen hatten zunächst den Sinn ohne Einmischung Dritter eine Vereinbarung für die deutsche und die französische Produktionsbasis an sich zustande zu bringen. Am 13. Dezember wurde indessen gemeldet, daß diese Verhandlungen in Paris unterbrochen worden seien, und zwar unter Aufgabe des ursprünglich geplanten deutsch-französischen Zusammenschlusses. Die Umstände, unter denen sich die Auflösung der Besprechung vollzog, weisen eindeutig darauf hin, daß der Querschläger von der Seite Englands kam. England erklärte, daß es mit einem ausschließlich kontinentalen Zusammenschluß unmöglich einverstanden sein könne, und in Deutschland kann man sich immer noch nichts anderes denken, als daß einer englischen Weisung unbedingt zu folgen sei. England ist mit einem unverkennbaren Ruck wieder

in die kontinentalen Besprechungen eingedrungen. Was sich hier ereignete, ist überhaupt bezeichnend für die gesamte kontinentaleuropäische Lage, wie sie sich in den letzten Wochen gestaltet hat. Das Kabinett Baldwin geht unter dem Druck der britischen Industrie auf der ganzen Linie dazu über die politische Abstinenz, die das Kabinett MacDonald wenigstens bis zu einem gewissen Grad gegenüber dem Kontinent gewahrt hatte, zugunsten einer ausgesprochenen Interventionspolitik aufzugeben. Das zukünftige, unionistische Empire wird auf die alte britische Europapolitik verzichten können. Aber es wird dies erst tun, wenn der Kontinent sich selber geholfen hat. Bis dahin denkt die unionistische Regierung nicht daran den Kontinent freizugeben. Diesen zwiespältigen Charakter der gegenwärtigen britischen Politik muß man sich völlig klar machen.³ Sie bemüht sich einerseits stärker als unter dem Kabinett der Regierung der Labour Party die Einheitstendenzen des Reichs zu stärken und bemüht sich doch dagegen gleichzeitig auch das Reservepferd zu satteln, das nach Belieben in bestimmten Situationen benutzt werden kann; und dieses Reservepferd ist das europäische Festland. Also muß wieder Deutschland gegen Frankreich ausgespielt werden. Es ist bezeichnend, daß bei den kurzen Besprechungen, die der englische Staatssekretär des Äußern in Paris mit Herriot gehabt hat und bei den wichtigeren Konferenzen, die er mit dem Bevollmächtigten Herriots in Rom, nämlich Briand, führte, von der englischen Seite mit Vorbedacht und besonderer Betonung auf die Sicherheitsfrage am Rhein hingewiesen wurde. England versteht es ausgezeichnet in kritischen Augenblicken, wo eine deutsch-französische Verständigung zur Befriedung Europas droht, auf die ewig offene Frage in der französischen Politik zu drängen, eben die Frage der Sicherheit, indem es scheinbar dafür bestimmte Garantien anbietet, in Wahrheit Deutschland gegen Frankreich aufputscht. Der britische Staatssekretär Chamberlain pflegte daher mit Briand Vorbesprechungen zu einem künftigen Abkommen, das etwa im Frühjahr dieses Jahres spruchreif werden und eine gemeinsame Regelung der Rheinlandfrage und der damit zusammenhängenden Frage der Sicherheiten bringen soll. Hier erweist sich für unsere eigene Politik wieder einmal, daß es nicht genügt gerade so an der Grenze der eigenen Verpflichtungen entlang zu schiffen, sondern daß wirklich erfolgversprechend nur eine Politik sein kann, die selber die Initiative ergreift. Für eine wirkliche "Realpolitik" Deutschlands gegenüber Frankreich sind sozialphilosophische Betrachtungen darüber, ob das Sicherheitsbedürfnis Frankreichs wirklich berechtigt sei, sind auch Versicherungen wie die unserer offiziellen Stellen, daß wir tatsächlich abgerüstet hätten, gänzlich belanglos; belangvoll wird unsere Politik in dieser Richtung erst, wenn wir von uns aus Frankreich sowohl in der Geste wie auch in positiven Vorschlägen über unsere Verpflichtungen hinaus entgegenkommen, das heißt, wenn wir mit Energie versuchen das deutsch-französische Sicherheitsproblem, wie es sich eigentlich gehört, allein zwischen Deutschland und Frankreich zu regeln und so vermeiden es durch Frankreich im Verein mit England uns gegenüber regeln zu lassen. Ohne Zweifel ist der letztgenannte Weg, so wie er jetzt unter Führung des britischen Kabinetts beschritten wird, für uns der schlimmere. Nach dieser Initiative steht England wieder mit beiden Füßen auf dem Kontinent. Es hat damit zunächst zweierlei erreicht: 1. eine Durchkreuzung

3) Siehe *Quassel* Reichstagswahlen und Außenpolitik, in den Sozialistischen Monatsheften 1924 Seite 679 und folgende.

der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen, 2. sehr wichtige Abmachungen mit Frankreich, die, durch Italien ergänzt, Nordafrika sowie den Nahen und Fernen Osten betreffen. Die so geschaffene neue Situation ist aber nicht nur für uns mit künftigen Konflikten geladen sondern ebenso auch für Frankreich. Denn die oben dargestellten vitalen Interessen Frankreichs, die zunächst eine Produktionsvereinigung mit der deutschen Industrie fordern, werden durch das Dazwischenkommen Englands gestört; darüber hinaus muß sich Frankreich auch klar sein, daß es durch ein Zusammengehen mit den Interessen des Britischen Reichs im Orient politisch schwer belastet wird. England hätte die ägyptische Frage ohne die französische Unterstützung, die es sich durch die Rheinlanderörterung erworben hat, nicht wiederum, wenn auch nur provisorisch lösen können. Wenn Chamberlain vor seiner Abreise nach Paris erklärte, er könne »nur den freundschaftlichen Rat geben das diesseits und jenseits des Ärmelkanals bestehende herzliche Einvernehmen zwischen Frankreich und England zu verteidigen«, so weiß heute jedermann, was ein solches Wort aus dem Mund eines britischen Staatsmanns bedeutet; er konnte es unter der Heiterkeit und den Zwischenrufen der Opposition im englischen Unterhaus ruhig wagen harmlos zu erklären, die Besprechungen in Paris und Rom hätten nur den Zweck gehabt »einige kleine Angelegenheiten zu regeln, die ohne eine solche Vereinbarung Reibungsflächen geboten hätten«, das sei alles, was er über diese Besprechungen zu sagen für nötig halte. England hat wieder einmal gehandelt und geschwiegen. Aber England hat nicht nur den deutsch-französischen Zusammenschluß abermals verzögert, es sattet daneben mit bemerkbarem Eifer das eigentliche Pferd der konservativen Politik, dessen Ziel die Selbstgenügsamkeit des britischen Imperiums ist. Wenn England mit dieser Politik des Protektionismus innerhalb des Empire politische Abstinenz auf dem Kontinent verbände, so könnten wir damit nur einverstanden sein. Immerhin kann doch bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen werden, daß angesichts der unionistischen Tendenz der auf gegenseitige Meistbegünstigung abgeschlossene Handelsvertrag zwischen Deutschland und England sehr an Bedeutung einbüßt. England ist in der Lage das Recht der Meistbegünstigung uns gegenüber restlos auszunutzen, während es seinerseits den famosen Trumpf in der Hand hat den Vertrag durch Sonderabmachungen mit seinen Dominien erheblich zu durchlöchern.

Noch besteht für uns die Möglichkeit unter Berücksichtigung dieser Faktoren positive Vereinbarungen mit dem französischen Kontrahenten zu treffen; es wird Aufgabe unserer Politik sein bei allen noch zu führenden Verhandlungen nun mit besonderer Aufmerksamkeit darüber zu wachen, daß für die kontinentaleuropäischen Fragen nicht von dritter Seite Wünsche und Forderungen erhoben werden. Das bedeutet nicht Abschluß des Kontinents gegenüber England und seiner Wirtschaftssphäre sondern bedeutet lediglich Sicherung der ersten unbeholfenen Schritte des Kontinents gegen Spannungen, die aus dem ungeheuren Komplex des Britischen Reiches drohen.

Hinter das Problem der schwerindustriellen deutsch-französischen Verständigung treten besonders für uns in Deutschland die anderen wirtschaftlichen Verständigungsprobleme der beiden Länder, etwa der Textil- und Kaliindustrie, zurück. Für Frankreich wiederum treten sie stärker in den Vordergrund, denn die zollfreie Textilausfuhr des Elsaß ist bei den Verhandlungen einer seiner lebhaftesten Wünsche. Auf unserer Seite wird man vielleicht in diesem Punkt ein Übriges tun, um die uns zunächst interessierende Lösung des zen-

tralen Montanprobleme nicht zu stören. So kamen wir ja bereits entgegen im deutsch-französischen Kaliabkommen, das für 3 Jahre den vereinsstaatlichen Absatzmarkt kontingentierte, und in dem Frankreich die unverhältnismäßig hohe Quote von 37,5 % zugesprochen wurde. Die elsässischen Kaliwerke haben 1913 nur 2,5 % der gesamten deutschen Kaliförderung eingebracht (300 000 Tonnen bei 11 000 000 Tonnen insgesamt), und wenn sie auch unter staatlicher Förderung Frankreichs nach dem Krieg eine erhebliche Produktionssteigerung zustande brachten (1920 1 000 000 Tonnen), so ist doch dieser Anteil angesichts der deutschen Förderzahl (13 000 000 Tonnen) fürs erste immer noch gering. Wenn die Quote des elsässischen Exports nach den Vereinigten Staaten, die vor dem Krieg schon 40% des deutschen Kaliexports übernahmen, derart hoch bemessen wurde, so war das ein ausgesprochenes Entgegenkommen der deutschen Seite, die den drohenden Konkurrenzkampf vermeiden wollte. Man kann allerdings schwer voraussehen, wie sich die Lage in drei Jahren verändern wird. Offenbar plant man auf französischer Seite eine außerordentliche Intensivierung der elsässischen Kaliförderung, die man mit amerikanischen Krediten durchführen möchte. Frankreich hat seinen Kaliexport fast ganz auf die Vereinigten Staaten konzentriert, und es ist möglich, daß diese Maßnahme mit seinen Kreditplänen zusammenhängt. Jedenfalls muß damit gerechnet werden, daß die elsässische Kaliindustrie dann viel stärker dasteht als heute. Von der Politik der beiden Parteien wird es abhängen, ob dann wieder eine Verständigung möglich wird. Außer der Kaliindustrie ist die Baumwollweberei in Frankreich der einzige Wirtschaftszweig, dessen Produktivität sich nach dem Krieg verbesserte. Die Baumwollweberei konnte bei einer Zunahme der mechanischen Webstühle um 28 % (1913 140 552, 1922 einschließlich der elsässischen 180 560) ihren Ausfuhrüberschuß um 78 % steigern; er betrug 1913 319, 1922 572 Millionen Goldfrancs. Diese Verbesserung war natürlich nur unter dem Regime der Zollfreiheit nach Deutschland möglich; 1921 kamen zum Beispiel 80 % der in Deutschland eingeführten Wollgewebe aus dem Elsaß. Das ist der eigentliche schmerzliche Punkt für England; darüber ließ ja der Besuch offizieller Vertreter der Manchesterbaumwollindustrie beim Premierminister keinen Zweifel. Wie die Frage der zollfreien elsässischen Ausfuhr gelöst wird, läßt sich zwar jetzt noch nicht sagen. Mit der einfachen formalen Feststellung, es liege kein sachlicher Grund vor das Elsaß, wenn es am 10. Januar 1925 zollpolitisch zu Frankreich kommt, noch gesondert zu behandeln, kommt man in dieser durch wirtschaftliche, historische und nationale Momente komplizierten Angelegenheit nicht weit.

Die Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich geben den Kontrahenten seit dem Krieg zum erstenmal wieder die Möglichkeit als Gleichgewichtige ein Abkommen zu suchen. Beide sind darauf angewiesen es zu finden, der Besiegte und der Sieger. Endlich ist nach 5 verwirrten Jahren deutlich geworden, daß in Dingen der Wirtschaft nur die Lagerung der tatsächlichen wirtschaftlichen Kräfte und ihr ungehemmter Austausch gelten dürfen. Wo dieser unterbunden ist, stirbt die Wirtschaft. Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich heißt heute in erster Linie der Grenzzone zwischen Ruhr und Rhone wieder Leben geben, indem man dem dort abgedrosselten Verkehr nicht nur äußerlich technisch sondern auch im Austausch der Meinungen und Gedanken freie Bahn gibt.

